



Unter Verdacht
Razzia jetzt auch
bei Wiedeking **SEITE 9**

Die Sinnkrise
Jackson Hole und die Frage
nach dem Warum **SEITE 7**

Das Comeback
Ein Österreicher will Polaroid
wiederbeleben **SEITE 8**

QUARTALSAZAHLEN: Wie die heftig
kriselnde IKB abgeschnitten hat
www.handelsblatt.com/ikb

MONTAG, 24. AUGUST 2009 | NR. 161

WWW.HANDELSBLATT.COM

G 0 2531 | DEUTSCHLAND | 2,10 €

Schäuble wechselt nicht nach Brüssel



Gerüchte über seinen Wechsel nach Brüssel hat Bundesinnenminister **Wolfgang Schäuble** (CDU) als „frei erfunden“ bezeichnet. „Ich bemühe mich, wieder Abgeordneter des Wahlkreises Offenburg zu werden“, betonte er im Handelsblatt-Interview. Unmittelbar vor der Sondersitzung des Bundestags zum EU-Begleitgesetz mahnte er, die Handlungsfreiheit der Bundesregierung in Brüssel dürfe nicht eingeschränkt werden. Zugleich bekannte sich Schäuble zu einer weiteren EU-Integration und übte indirekt deutliche Kritik am Bundesverfassungsgericht: Über die Integration und Änderungen am Grundgesetz entscheide allein die Politik. | ink/pm **INTERVIEW SEITE 2**

FINANZMÄRKTE

DAX	↑	5462,74	+2,86%
DOW JONES	↑	9505,96	+1,67%
EURO STOXX 50	↑	2745,62	+3,08%
EURO (\$)	↔	1,4336	+0,0086
BUND 10J.	↔	3,276%	+0,027

Stand: Schluss

Handelsblatt.com/favoriten

Die Top-Klicks am 23. August 2009

1. Merkel drängt auf schnelle Lösung bei Opel
2. Dax-Ausblick: Hoffnung ja, Euphorie nein
3. Baugeld so günstig wie nach dem Krieg
4. Aktien: Die Vorzüge der Vorzüge
5. DWS: „Von Porsche in die Irre geführt“

WIRTSCHAFT & POLITIK

Affäre verheißt SPD den Wahlkampf

Nach der Dienstwagenaffäre gerät Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) jetzt wegen der Nutzung der Flugbereitschaft der Bundeswehr in die Kritik. **SEITE 3**

Betrugsvorwürfe belasten Afghanistans Wahl

Gleich zwei Kandidaten erklären sich zum Sieger der Präsidentschaftswahl. Doch die afghanische Wahlkommission will zunächst die zahlreichen Beschwerden prüfen. **SEITE 3**

Deutsches Defizit geringer als erwartet

Deutschlands öffentliche Haushalte haben im ersten Halbjahr dieses Jahres 14 Mrd. Euro Defizit gemacht. Das wären 1,2 Prozent des BIP – und damit weit weniger als erwartet worden war. **SEITE 4**

UNTERNEHMEN & MÄRKTE

Milliarden für Brasiliens Autoindustrie

Die brasilianische Autoindustrie erlebt einen neuen Investitionsboom. Vor allem asiatische Hersteller werden in Südamerika aktiv. Projekte über mehr als 15 Mrd. Dollar sind geplant. **SEITE 12**

Wirtschaft enttäuscht über Flughafen-Urteil

Die Wirtschaft warnt vor Einbußen, nachdem der Hessische Verwaltungsgerichtshof ein Nachtflugverbot für den Flughafen Frankfurt verhängt hat. Die vierte Landebahn kann aber kommen. **SEITE 13**

Investoren drängen in Gesundheitsmarkt

Nach der Übernahme der deutschen Reha-Kette Median drängen Finanzinvestoren weiter in den deutschen Gesundheitsmarkt. Neben Pflegeheimen gelten auch Krankenhäuser als attraktiv. **SEITE 13**

FINANZZEITUNG

Geldhüter greifen durch

Osteuropas Notenbanken senken auf breiter Front die Zinsen. Es gilt als ausgemacht, dass die ungarische Zentralbank den Leitzins heute deutlich senken wird. **SEITE 18**

Kapitalhilfen für die Kleinen

Die Finanzkrise belastet immer stärker den Markt für Kleinstkreditgeber. Niedrigeres Wirtschaftswachstum und höhere Arbeitslosigkeit führen zu hohen Kreditausfällen. **SEITE 21**

Neue Attacken auf Schweizer Banken

Schweizer Banken rüsten sich nach der außergerichtlichen Einigung im Verfahren gegen die UBS für weitere Attacken der amerikanischen Steuerfahnder. **SEITE 22**

Handelsblatt GmbH,
Abonnement-Service,
Telefon: 0180/599010*
Fax: 0211/87-3605
E-Mail: hb.aboservice@vhb.de
Internet: www.handelsblatt.com
*(0,14 € pro Minute aus dem deutschen Festnetz,
ggf. abweichende Preise aus Mobilfunknetzen)

Belgien 2,70 €
Frankreich 3,20 €
Großbritannien 2,90 GBP
Luxemburg 2,70 €
Niederlande 2,70 €
Österreich 2,70 €
Polen 17,50 PLN
Schweiz 4,80 CHF
Tschechien 110 CSK
Ungarn 900 FT
Slowakei 2,70 €



Schickedanz droht Totalverlust

Arcandors
Insolvenzverwalter
lässt Quelle-Erbin
Schickedanz und die
Gesellschafter von
Sal. Oppenheim leer
ausgehen

C. SCHLAUTMANN | ESSEN

Arcandors Anteilseigner – darunter Großaktionäre wie Madeleine Schickedanz und die Gesellschafter der Privatbank Sal. Oppenheim – werden bei der Verwertung des insolventen Konzerns mit ziemlicher Sicherheit leer ausgehen. Das kündigte Rolf Weidmann, Partner der mit der vorläufigen Insolvenzverwaltung beauftragten Kanzlei Görg, gegenüber dem Handelsblatt an.

Die Aktionäre des Konzerns seien im beantragten Insolvenzverfahren nur „nachrangige Gläubiger“, sagte Weidmann, der den Fall Arcandor innerhalb der Kanzlei Görg operativ bearbeitet. Zu holen sei für sie nur noch dann etwas, wenn bei der Verwertung des Konzerns 100 Prozent der Gläubigerforderungen befriedigt würden und darüber hinaus Eigenkapital übrig bliebe. „Dazu müsste schon ein Wunder geschehen“, hieß es in Konzernkreisen.

Für Quelle-Erbin Schickedanz endet das 1999 eingefädelt zusammengehenden mit Karstadt also voraussichtlich mit einem Totalverlust. Denn ihre Arcandor-Aktien, die nur noch mit einem Wert von knapp 20 Millionen Euro an der Börse gehandelt werden, sind damit – wie auch die restlichen Papiere – faktisch wertlos.

Auch eine Mitsprache bei der Verwertung einzelner Konzernteile wird es für Schickedanz & Co. nicht geben. Nur im Fall eines Insolvenzplans für die Konzernholding Arcandor AG hätten Görg und seine Anwälte die Aktionäre einbinden müssen. Einem Verkauf von Konzernteilen etwa hätten sie zustimmen müssen.

Dazu jedoch wird es laut Weidmann nicht mehr kommen. Denn nun soll die Arcandor AG, sobald das Insolvenzverfahren am 1. September eröffnet ist, zunächst eine sogenannte Abwicklungsfunktion erhalten und anschließend liquidiert werden. Der Grund: Die Großaktionäre weigern sich, die Sanierung finanziell zu unterstützen, so dass auch von anderen Gläubigern wie Lieferanten und



Madeleine Schickedanz: Ihre Arcandor-Aktien, die an der Börse noch mit einem Wert von etwa 20 Mio. Euro gehandelt werden, sind faktisch wertlos.

Vermietern von durch Arcandor genutzten Immobilien keine Zugeständnisse für einen Rettungsplan zu erwarten sind.

Genau darauf aber hatten Klaus Hubert Görg und seine Rechtsanwältin zunächst gehofft. Sogar ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung, bei dem die alten Vorstände Herren im eigenen Hause geblieben wären, hatte zuzens überhaupt noch zu finanziellen Hilfen in der Lage wären. Sal. Oppenheim gilt inzwischen selbst als so stark angeschlagen, dass das Geldhaus die Unterstützung der Deutschen Bank benötigt. Und Madeleine Schickedanz behauptete

Die Aktionäre des Konzerns sind nur „nachrangige Gläubiger“.

Rolf Weidmann

kurzlich in einem Interview, ihren Unterhalt mit 600 Euro im Monat und Erträgen aus ihrer Gartenarbeit bestreiten zu müssen.

Um dennoch auf einen gewissen Masseanteil zu kommen – offenbar hatte der frühere Arcandor-Vorstandschef Thomas Middelhoff die meisten Konzernanteile verpfändet –, bedient sich der Insolvenzverwalter inzwischen ei-

Folgen der Pleite

Liquidation

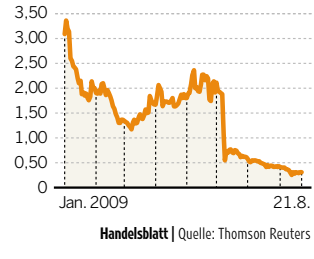
Weil die Großaktionäre ihre finanzielle Unterstützung verweigern, wird es nach Auskunft des Insolvenzverwalters für die Konzernmutter Arcandor kein Überleben geben. Die Aktiengesellschaft soll liquidiert werden.

Verwertung

Ein Planinsolvenzverfahren strebt die Kanzlei Görg nun nur noch für die Tochter Karstadt an. Daran könnte sie als Gläubigergruppe auch Arcandors Alt-eigentümer beteiligen, müsste dies bei Gericht aber beantragen. „Dies werden wir nicht tun“, heißt es bei Görg.

Arcandor

Aktienkurs in Euro



Handelsblatt | Quelle: Thomson Reuters

nes zwar legalen, aber doch umstrittenen Tricks. „Wir brauchen während des vorläufigen Insolvenzverfahrens keine Umsatzsteuer abzuführen“, sagte Görg-Partner Weidmann.

Nach den Berechnungen des Insolvenzexperten Christian Heintze von der Chemnitzer Kanzlei Brockdorff dürfte Arcandor dieses Vorgehen bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens am 1. September 335 Millionen Euro in die Kasse spülen.

Es würde aber auch alle Steuerzahler praktisch zu Arcandor-Gläubigern machen. Rechtsprofessor Sebastian Krause hält die Strategie deshalb für riskant. „Der Insolvenzverwalter könnte die Finanzverwaltung damit so vergrätzen, dass sie in der Gläubigerversammlung gegen ihn stimmt“, warnt er. Denn: Zumindest für Arcandors Warenhaustochter Karstadt wird er die Unterstützung der Gläubiger benötigen. Die 126 Filialen will Görg nämlich erst in einem Insolvenzplanverfahren sanieren, bevor er sie voraussichtlich Anfang 2010 an einen Käufer weitergeben will.

BERICHTE SEITEN 10, 12

Woche der Entscheidung

Bundesregierung interveniert im Opel-Streit massiv bei der US-Regierung

BERLIN. Nachdem die Führung von General Motors die Entscheidung über den Verkauf der Opel-Tochter überraschend vertagt hat, pocht die Bundesregierung jetzt auf eine Entscheidung noch in dieser Woche. Zudem erhöhte sie den Druck auf die amerikanische Regierung, dass GM sich endlich für den Einstieg des Magna-Konzerns bei Opel entscheide.

Wie groß die Nervosität in Berlin ist, zeigt die Tatsache, dass sich nahezu das gesamte Spitzenpersonal der Bundesregierung am Wochenende in die Hängepartie einschaltete. „Ich hoffe, dass wir in dieser Woche vorankommen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Ähnlich äußerte sich Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU).

Außenminister und SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier (SPD) telefonierte am Samstagabend mit US-Außenministerin Hillary Clinton, um erneut für den deutschen Standpunkt zu werben, dass nur der Einstieg des kanadisch-österreichischen Magna-Konzerns Opel eine tragfähige Zu-

kunft sichere. Finanzminister Peer Steinbrück suchte Kontakt zu seinem US-Kollegen Timothy Geithner. Weil GM mehrheitlich in US-Staatsbesitz ist, hat Washington ein erhebliches Wort mitzureden.

Die GM-Führung hatte am Freitag überraschend eine Entschei-



Bundeskanzlerin Angela Merkel: baldige Entscheidung erwünscht.

dung vertagt und will nun die Offerte des Magna-Konkurrenten RHJ ernsthafter prüfen. Es werde sogar darüber nachgedacht, den Opel-Verkauf ganz abzusetzen, hieß es in Konzernkreisen. GM düpiert damit Berlin und könnte der auf Magna festgelegten Bundesregierung eine schwere politische Schlappe zufügen.

Man sei aber immer noch zuversichtlich, dass GM sich für Magna entscheide, heißt es in Berlin. Dennoch verschärfte die Opposition ihre Kritik. FDP-Chef Guido Westerwelle kritisierte, die Regierung habe einseitig für einen Einstieg von Magna gekämpft. Grünen-Spitzenkandidat Jürgen Trittin warf der Regierung vor, „aus ideologischen und wahlkampferischen Gründen inkonsequent“ zu handeln. „Hätte Merkel bei Opel auf Teilverstaatlichung statt auf Bürgschaften gesetzt, wäre die Regierung jetzt in einer stärkeren Verhandlungsposition und weniger erpressbar“, sagte er dem Handelsblatt. ink/hz/pt

BERICHT, MEINUNG SEITEN 6, 12

Politik will Verkauf von Neuwagen ankurbeln

BERLIN. Union und SPD wollen den befürchteten Absatzeinbruch bei Neuwagen nach Auslaufen der Abwrackprämie verhindern. Im Zentrum der Überlegungen stehen dabei steuerliche Erleichterungen beim Kauf von Jahreswagen durch Werksangehörige. „Eine Belebung im Bereich des Neuwagenverkaufs könnte zum Beispiel durch eine vernünftige Ausgestaltung der Besteuerung von Jahreswagen für Werksangehörige erzielt werden“, sagte Baden-Württemberg-Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) dem Handelsblatt.

Ähnlich äußerte sich der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Uwe Beckmeyer. „Statt die Abwrackprämie zu verlängern, sollten wir versuchen, über eine bessere steuerliche Förderung von Jahreswagen gezielt den Absatz deutscher Hersteller zu stabilisieren und so den befürchteten Absatzeinbruch nach Auslaufen der Umweltpremie zumindest zu dämpfen.“

Mit ihrem Vorstoß greifen SPD und Union eine Forderung des Ge-

samtbetriebsrats von BMW auf. Der hat sein Anliegen bereits brieflich Kanzlerin Angela Merkel (CDU) vorgetragen. Der Betriebsrat beklagt, dass die steuerlichen Regelungen und die immer höheren Rabatte im freien Handel den Kauf firmeneigener Wagen für die Belegschaft unattraktiv gemacht hätten. Nach den geltenden Regeln müssen Mitarbeiter Rabatte, die sie von ihren Unternehmen bekommen, als geldwerten Vorteil versteuern – unabhängig davon, ob sie diese Rabatte steuerfrei auch beim Kauf im Handel erzielt hätten.

Die Abwrackprämie hatte den Umsatzrückgang der Autokonzerne in der Wirtschaftskrise gestoppt. Wegen der großen Nachfrage war die Prämie bis Ende Dezember verlängert worden. Nach Berechnungen des ADAC ist das Fördervolumen jedoch noch vor der Bundestagswahl erschöpft. Eine Verlängerung der Prämie hatten Politiker der Großen Koalition ausgeschlossen. pm/pt

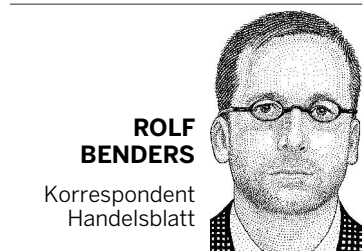
BERICHTE SEITEN 3, 12

NOTENBANKEN

Die Politik ist am Zug

Zurückhaltung ist manchmal auch eine Art, in einer Auseinandersetzung eine deutliche Botschaft zu senden. Sie lautet: Wir haben unseren Job gemacht, jetzt sind die anderen dran.

Die mächtigsten Notenbanker der Welt versuchten am Wochenende auf dem traditionellen Treffen im US-Wintersportort Jackson Hole nach über einem Jahr hektischen Krisenmanagements wohlwollenderweise, so etwas wie selbstbewusste Normalität auszustrahlen. So begann die Tagung für US-Zentralbankchef Ben Bernanke demonstrativ mit einer Wanderung. Im offiziellen Teil beschäftigte man sich vor allem mit strukturellen Aspekten der Geldpolitik. Zu den drängenden tagesaktuellen Fragen, etwa wann man zu einer



ROLF BENDERS
Korrespondent
Handelsblatt

restriktiveren Geldpolitik übergehen wolle, um die von vielen für die Zukunft befürchtete galoppierende Inflation zu verhindern, gab es nur magere Aussagen. Es sei bei allen Erholungssignalen der Weltkonjunktur noch zu früh für eine Festlegung, enttäuschte Bernanke die nach Details gierenden Kapitalmärkte in Wiederholung alter Aussagen.

Die eigentliche Botschaft hinter der Zurückhaltung der Zentralbanker formulierte EZB-Chef Jean-Claude Trichet noch am deutlichsten: „Es wäre eine Katastrophe“, wenn die Regierungen der Welt nicht die nötigen Lehren aus der Krise zögen. Mit anderen Worten: Der Ball liegt nun im Feld der Politik, insbesondere beim Treffen der G20-Regierungschefs Ende September im amerikanischen Pittsburgh. Und tatsächlich: Viel zu sehr hat sich vor allem in den USA die Diskussion über die Inflationsrisiken auf die durch die expansive Geldpolitik zeitweise auf rund 2,2 Billionen Dollar angewachsene Bilanz der Fed konzentriert. Dahinter konnten sich Politiker, die in Panik geratene Wähler mit Konjunkturprogrammen beschäftigen wollten, gut verstecken. Das riesige Haushaltsdefizit der USA, das in der Zehnjahresbetrachtung nach letzten Schätzungen wohl neun statt wie bisher veranschlagt sieben Billionen Dollar beträgt, geriet als Inflationsstreiber fast in Vergessenheit. Dagegen wirkt die Bilanzsumme der Fed, die durch geringere Nutzung einiger Krisenprogramme durch die Banken in den letzten Wochen auch schon auf 1,9 Billionen Dollar schrumpfte, fast überschaubar.

Mit anderen Worten: Nicht die Währungshüter allein sind gefragt, wann man etwas gegen eine möglicherweise bald anziehende Inflation tun will. Die Hauptursacher der Gefahr für die Geldwertstabilität müssen sich zusammenschließen. Man kann nicht fleißig Schulden machen und dann die Währungshüter zu Sündenböcken machen, wenn sie die Zinsen zur Inflationsbekämpfung erhöhen und damit naturgemäß das Wachstum bremsen.

Nachdem die Notenbanken im vergangenen Herbst und Winter eine Katastrophe verhindert haben, liegt es nun an den Regierungen, kurzfristig einen Rückfall in eine Rezession und langfristig eine Wiederkehr der Krise im Winter zu vermeiden. Es wäre bequem und fahrlässig, die Bemühungen um eine einheitlichere Regulierung und eine bessere Aufsicht sowie ein Minimum an wirtschaftspolitischer Koordination aufzugeben, nur weil die Konjunktur wieder langsam Tritt fasst. Die Tagung von Jackson Hole hat den Blick darauf frei gemacht.

benders@handelsblatt.com